

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halb j. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halb j. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halb j. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmon-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. September d. J. den disponiblen Statthalterirath der aufgelösten Landesregierung in Krakau, Ernst Weber, zum Statthalterirathe der böhmischen Statthaltereier alleingnädigt zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat den Kreisgerichtsrath Leonhard Jarosch in Tarnow zum Landesgerichtsrathe in Krakau zu ernennen befunden.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Lehramts-Kandidaten Adalbert Leseticly zum wirklichen Lehrer an der I. I. Ober-Realsschule in Tropau ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 20. September.

Nachrichten, verbürgte und unverbürgte, Gerüchte, verbürgte und unverbürgte, Depeschen, welche sich widersprechen, und Korrespondenzen, welche die außerordentlichsten Dinge melden, strömen auf uns ein, und wir haben Mühe, in dem chaotischen Gewirre den klaren Faden der Thatsachen zu verfolgen. Namentlich ist es die römische Frage, das Vorgehen Piemonts, Garibaldi's und Mazzini's Treiben, und die in allen Farben schillernde Politik Frankreichs, welche die gegenwärtige Situation zu einer ungemein verwickelten macht. Während General Goyon mit verstärkter Macht nach Rom zurückgesendet wird, besiegt Napoleon III., daß der päpstliche Palast in Avignon mit aller Eile und so prächtig als möglich hergestellt werde, und während der gebannte Sardenkönig das Ansehen des Papstes bekriegt, seine Städte stürmt, seine Soldaten gefangen nimmt, widerrathen die offiziellen Blätter mit fast drohender Freundlichkeit dem Papste jede Entfernung von Rom, d. h. die Möglichkeit, sich dem Reiche der französischen Bayonnette zu entziehen. Frankreich theilt den Besitz des Kirchenstaates mit Sardinien. Außerhalb „Rom und seiner Umgebung“ mag Piemont das Land in Beschlag nehmen; Rom und der heilige Vater selbst müssen in den Händen Frankreichs bleiben. Wenn man den letzten Artikel des „Constitutionnel“ liest, so weiß man nicht, ist der Papst frei oder ist er ein Gefangener?

Man hat lange herumgerathen, wie wohl Piemont seinen Einfall in den Kirchenstaat, diesen eklantanten Bruch des Völkerrechts motiviren, das ist, entschuldigen werde. Daß der Papst die fremden Truppen entlassen solle, forderte man in dem Ultimatum. Gut, aber was gebrauchte man Napoleon gegenüber für eine Ausrede? Wie gemeldet wird, hat Herr Nigra Herrn Thouvenel eine konfidentielle Depesche der sardinischen Regierung überreicht, in welcher auseinandergesetzt wird, daß die Okkupation der Marken das einzige Mittel gewesen sei, um einen Zusammenstoß zwischen Franzosen und Garibaldianern zu vermeiden. Eine gute Ausrede ist einen Vagen werth.

Cavour ist der Schüler Napoleons; das Turiner Kabinet hat dem der Tullierten abgelauscht, wie es sich räuspert und spuckt, und wie es — die Wahrheit sagt. Das sardinische Memorandum an alte europäische Regierungen, von dem der Telegraph vor einigen Tagen Anzeige machte, liegt nun vor. Die Welt hat kaum je eine ähnliche Staatschrift gesehen. Diese revolutionäre Heuchelei ist ein so unästhetisches Moment, daß man in der That nicht begreifen kann, wie eine Regierung anderen Staaten ein solches Opus zuzusenden wagt. Die Männer des Konventes bekannten

ihre Ansichten frei, wie sie heute Mazzini, Ruge u. A. bekennen. Die piemontesische Regierung aber, welche nach diesen Prinzipien handelt, hat doch noch die Stirne, von konservativen Interessen zu reden, und schlägt einen frömmelnden Ton an in dem Augenblicke, wo sie gegen alles Völkerrecht in die Länder des Papstes einfällt. Das Memorandum ist in französischer Sprache abgefaßt und von ziemlicher Breite, daher wir dasselbe nur im Auszuge wiedergeben.

In der Einleitung wird hervorgehoben, der Friede von Villafranca habe die Italiener zu Herren ihrer Geschichte gemacht und mehrere Provinzen Nord- und Mittel-Italiens unter Viktor Emanuel gestellt. Diese Umgestaltung sei mit wunderbarer Ordnung vor sich gegangen und Italien wäre, wenn sie sich der ganzen Halbinsel hätte bemächtigen können, für Europa eine Quelle des Friedens und der Erhaltung geworden. Unglücklicher Weise hätte der Friede von Villafranca nur einen Theil Italiens fassen können, er habe Benedig bei Oesterreich gelassen, in Süditalien und im Kirchenstaate keine Aenderung herbeigeführt. Nun heißt es wörtlich:

„Wir haben nicht die Absicht, hier die venetianische Frage zu behandeln. Es wird uns genügen, zu erinnern, daß, so lange diese Frage nicht gelöst sein wird, Europa keinen wahren und dauerhaften Frieden genießen werde. In Italien wird immer eine mächtige Ursache zu Unruhen und Revolutionen bleiben, die, den Anstrengungen der Regierungen zum Trotz, fortwährend drohen wird, im Mittelpunkt des Kontinentes den Aufstand und den Krieg hervorzubringen zu lassen, aber diese Lösung müsse man von der Zeit erwarten. Welches auch die Sympathien sein mögen, die mit vollem Rechte das mit jedem Tage sich steigende Unglück der Venetianer einflößt, Europa ist von den unberechenbaren Folgen eines Krieges so besessen, es hat einen so lebhaften Wunsch, ein so unwiderstehliches Bedürfnis nach Frieden, daß es wenig klug wäre, seinen Willen nicht zu achten. Gleiches gilt nicht vom Süden und von der Mitte der Halbinsel.“

Dann folgt eine heftige Diatribe auf Neapel; die Revolution, welche „eine wunderbare“ genannt wird, sei notwendige Folge des dortigen Systems gewesen; Garibaldi wird der erlauchte Krieger genannt, dessen Thaten an die fabelhaften Zeiten erinnern. Die Umgestaltung in Neapel sei den Interessen der Ordnung und des Rechtes förderlich, es werde damit den anarchischen Bestrebungen der Boden entzogen, Italien könnte in die Phase der Ruhe eintreten, wenn nicht das römische Gebiet Nord und Süd trennen würde. Die päpstliche Regierung habe, um die nationale Bewegung niederzuhalten, den Katholiken falsche Vorspiegelungen gemacht und sich durch Erregung des Fanatismus Geld und Soldaten verschafft; das kränke die Italiener und die piemontesische Regierung könne die Aufregung nicht mehr niederhalten; die Revolution, Negretsch in Neapel, schreite gegen den Kirchenstaat vor, keine Macht der Welt könne Tausende von Italienern abhalten, aus Süd und Nord den Aufständischen zu Hilfe zu eilen. Würde die Königl. Regierung passiv bleiben, so würde sie mit der Nation in Opposition gerathen, und die edle Aufwallung würde in Anarchie ausarten. Die Königl. Regierung würde sich an Italien verständigen, wenn sie die Halbinsel solchen Gefahren aussetze, sie würde ihre Pflichten gegen die Italiener und gegen Europa verletzen; um diese zu erfüllen, habe der König dem aufständischen Umbrien und den Marken den ersten Schutz verliehen, und zugleich den Papst aufgefordert, die fremden Truppen zu entlassen. Auf die Weigerung der päpstlichen Regierung habe der König seinen Truppen den Befehl erteilt, in die Marken einzurücken und der Bevölkerung freizustellen, ihre Gefühle kund zu geben. Sie werden Rom und dessen

Umgebung respektiren, ja, die Residenz des Papstes gegen jeden Angriff vertheidigen, denn der König vereinigt die großen Interessen Italiens mit der Achtung vor dem Oberhaupt der Kirche; er hofft, die Katholiken damit nicht zu kränken, glaubt sogar, daß die Einstimmigkeit der Gesinnungen den Papst erinnern werde, daß er vor einigen Jahren die Seele der nationalen Bewegung gewesen sei. Der Schleier, mit dem von weltlichen Interessen bewegte Räte seine Augen umhüllten, werde fallen, er werde erkennen, daß die Regeneration Italiens in der Absicht der Vorsehung liege, und werde wieder der Vater der Italiener werden, so wie er nie aufgehört hat, der ehrwürdige Vater und das Oberhaupt der Gläubigen zu sein.

Reichsraths-sitzung vom 18. September.

Nachdem Se. kaiserliche Hoheit der Reichsraths-Präsident die Sitzung des verstärkten Reichsraths vorgestern — 18. Sept. — eröffnet hatte, erhielt der Kultusminister zu einigen faktischen Bemerkungen das Wort. Die vom Bischof Schaguna zur Sprache gebrachte Unterstützung der Schule zu Abrubbanna betreffend, sei er aus Gründen, welche er ausführlich dorthin, nicht im Stande, hierüber sofort einen Antrag bei Sr. Majestät zu stellen. Was das Lyzeum zu Czernowitz, den Bau einer bischöflichen Residenz und des Seminargebäudes daselbst, sowie die übrigen vom Reichsrath v. Petrinö bei der Dislokation über das Budget des Kultusministeriums erörterten Gegenstände betrifft, werden eingehende Mittheilungen gemacht, welche die Angaben des Reichsrathes v. Petrinö theilweise berichtigend, auf Grund einer ausführlichen Darstellung des faktischen Sachverhältnisses, den hinsichtlich dieser Angelegenheiten von dem Kultusministerium eingeschlagenen Weg beleuchten und rechtfertigen. Die Behauptung, daß in Folge des Konkordates konfessionelle Uebergriffe im Schulwesen stattgefunden hätten, sei völlig unrichtig, und hier nur der Grundsatz „Sum cuique“ befolgt worden. Was das Konkordat selbst betreffe, so müsse er darauf hinweisen, daß der Comitebericht auf Gewährung größerer Autonomie für politische und andere Körperschaften dringe. Sei Dieß der Fall, so müsse doch der ersten aller Korporationen, der katholischen Kirche, die Autonomie gleichfalls eingeräumt werden. Die Bedeutung des Konkordats liege in der Wiederherstellung der Geltung des kanonischen Rechtes innerhalb des Gebietes der Kirche. In Ungarn und Siebenbürgen sei Dieß nicht erst notwendig geworden; dort habe das kanonische Recht seine Geltung niemals verloren; das Konkordat habe nur dem Bestande dieses Verhältnisses neue Bürgschaften gewährt, deren Werth unter den obwaltenden Verhältnissen nicht anerkannt werden könne. Solche Betrachtungen mögen es gewesen sein, welche die ungarischen Metropolitane bestimmten, bei Verhandlung des Konkordates ihren Rath zur Durchführung in der denkwürdigen Versammlung des gesammten österr. Episcopates ihre Mitwirkung zu gewähren.

Auf die ungarische Protestantenfrage übergehend, bedeute er, daß dieselbe gestern angeregt worden sei, wegen der naheliegenden Gefahr, daß durch die Besprechung die Wiederherstellung des geistigen Friedens nicht gefördert werde. Da es aber geschehen sei, könne er nicht umhin, den Thatbestand der Frage etwas darzustellen. Es wird voraus die Unmöglichkeit entwickelt, in welcher sich die Regierung befinden habe, in der Sache Nichts zu verfügen. Die bei den Schritten, welche sie gethan, ihr unterlegten Absichten seien jedoch nie in ihrem Sinne gelegen, und gegenwärtig sei die Angelegenheit auch in ihrer äußeren Erschelung auf Das beschränkt, was sie ihrem Wesen nach

seit langer Zeit ist, ein Meinungskampf unter den Protestanten über ihre inneren Angelegenheiten.

Bischof v. Schaguna hält einige Bemerkungen des Herrn Ministers über den Hergang der Errichtung der Schule zu Abrudbanya für irrig, und bestrebt sich, dieselben zu berichtigen. Graf Szécsen bedauert, bei der Diskussion eines Gegenstandes von so hoher Wichtigkeit, welcher angeregt wurde, ohne daß er auf der Tagesordnung gestanden, sich aus dem Grunde betheiligen zu müssen, auf daß die entgegen-gesetzte Anschauungsweise nicht unvertreten erscheine. Die Motive jener Männer, welche das Konkordat abgeschlossen haben, seien von ihm niemals als tadelnswürdig angesehen worden, und Dem, was gestern über diesen Gegenstand vom Grafen Apponyi gesprochen worden, könne nur der Wunsch zu Grunde liegen, einzelne Punkte so zu behandeln, daß die Maßregel im Ganzen in keinem Lande Anfechtungen aus-gesetzt sei. Gleiches sei hinsichtlich der Protestantenfrage der Fall; die Schwierigkeiten, welche sich hierbei ergeben hätten, hätten größtentheils auf verschiedenen Rechtsan-schauungen beruht. Von solchen seien auch die Führer der protestantischen Bewegung in Ungarn geleitet worden; gegen die Unterstellung anderer Motive ihrer Haltung müsse er sich verwahren.

Freiherr v. Petrinó verbreitet sich über die Bemerkungen, welche von Seite des Kultusministers über die Kirchen- und Schulverhältnisse in der Bukowina gemacht worden sind, worauf hinwiederum vom Grafen Thun entgegnet wird. Vizepräsident Szögyenyi bestreitet nicht das Recht des Kaisers, auf die Regelung der Protestantenfrage Einfluß zu nehmen. Diefelbe sei sogar im Gesetze begründet und darin das Einvernehmen mit den Protestanten als der hierzu geeignete Weg vorgezeichnet worden. Man habe jedoch denselben nicht betreten, und jene Regelung sei immer unterblieben, an deren Stelle jedoch das Gewohnheitsgesetz getreten. Nachdem die Vor-gänge während der Ereignisse des Jahr's 1849 dieses Sachverhältniß geändert hätten, wäre eben die neue Regelung im Einvernehmen mit den Protestanten anzubahnen gewesen. Das Patent vom 1. Sept. hätte Solches unterlassen, jetzt sei über diesen Weg betreten worden, und somit die Erreichung des erwünschten Zieles zu hoffen.

Nach Beantragung einer motivirten Tagesord-nung von Seite des Dr. Hein, welcher wünscht, daß die Versammlung sich als nicht kompetent erkläre, einen bestimmten Ausspruch über die verschiedenen für und gegen das Konkordat hervorgetretenen Anschau-ungen abzugeben, wird, nachdem dieser Antrag nicht die nöthige Unterstützung findet, zur einfachen Tagesord-nung übergegangen und durch Grafen Clam die Vor-lesung des Comitéberichtes dort wieder aufgenommen, wo derselbe die Biersteuer bespricht und statt derselben die Einführung einer Malzsteuer empfiehlt.

Nach einigen aufklärenden Bemerkungen von Seite des Reichsrathes v. Plener entsteht zwischen Herrn Trepler und Grafen Clam eine Diskussion über einen auf die Regelung der Propinationsrechte von Ersterem gestellten Antrag, dessen Ablehnung vom Grafen Clam befürwortet wird. Dr. Strasser wünscht auch bei der Biersteuer das Wegfallen der überlästigen Kontrolle, und eine minder verlebende Einhebungsmodalität. v. Starowiejski bestätigt die Richtigkeit der von Dr. Strasser in Bezug auf Tirol gemachten Angaben auch hinsichtlich Galiziens, welche letzteren jedoch vom Reichsrathe v. Plener als irrig dargestellt werden. Fürst Salm tritt dem Antrage des Comité's auf Empfehlung der Malzsteuer bei. Die Gründe, welche bei der Brauntweinsteuer für Verringerung des Erzeugnisses sprechen, seien auf die Biersteuer nicht anwendbar. Reichsrath v. Plener macht einige Mittheilungen über die Kontrolle bei der Biersteuer. Graf Clam sieht in der absoluten Steigerung der Erzeugung irgend eines Produktes noch nicht den Beweis für das Nichtvorhandensein eines relativ zu großen Steuerdruckes. Graf Rostiz hält die Biersteuer gleichfalls, wenigstens in Böhmen, für drückend, und bedauert, daß die Erzeuger fast dazu gezwungen würden, die Kontrolle zu hintergeben (was trotz der komplizirten Vorsichtsmaßregeln doch immer möglich sei), um nur bestehen zu können. Er befür-wortete gleichfalls die Reform der Einhebungsmodali-täten. Fürst Schwarzenberg spricht sich ebenfalls in diesem Sinne aus. Wo die Steuer wenigstens die Hälfte des Reinertrages ausmache, könne dieselbe nur als äußerst drückend angesehen werden. Graf Hartig ist gleichfalls für Einführung der Malzsteuer, welche man schon früher einmal beabsichtigt habe. Graf An-drassy beantragt den Schluß der Debatte, welchem beigestimmt und der Antrag des Comité's angenom-men wird.

Der Abschnitt des Comitéberichtes über die Zuk-fersteuer gibt dem Grafen Rostiz Gelegenheit, sich über den Zustand der Rübenzuckerindustrie weiter zu verbreiten und ihre Steuerlast als eine zu hohe zu schildern. Er will übrigens jetzt, dem Grundsätze des Comité's folgend, daß für jetzt keine Steuervermin-derung beantragt werden sollte, für den Augenblick

nicht auf Steuerherabsetzung dringen. Reichsrath v. Plener sieht einen Theil der bedrängten Lage die-ser Fabrikation in der eingetretenen Ueberschuldung, verspricht jedoch die entschiedenste Berücksichtigung die-ses wichtigen Industriezweiges. Graf Clam gibt zu, daß die Höhe der Steuer nicht die ausschließliche Ursache der Bedrängnis der Fabrikation sei, sieht aber jedenfalls eine der wesentlichsten Ursachen dieser be-dauerlichen Lage darin.

Der Abgang des Comitéberichtes hinsichtlich der Zölle, welchen nun Graf Szécsen verliest, gibt Hr. v. Mayer Anlaß, den Wunsch auszusprechen, daß darin die Wahrung der gerechten Interessen der österreichischen Industrie der Regierung mit etwas größerer Wärme empfohlen werden möge, als Dies im Berichte geschieht. Er bedauert den in Oesterreich noch immer sich hie und da breit machenden Mangel an nationalem Selbstbewußtsein, welchem alles Fremde willkommener sei, als das Einheimische. Einer eingehenderen Diskussion der Zollfrage wolle er, um die Debatte nicht aufzuhalten, sich enthalten. Graf Szécsen sagt, das Comité sei von der Wich-tigkeit dieser Frage vollkommen durchdrungen gewesen; es habe jedoch auf Abgabe präzisierter Aussprüche über die einzelnen Punkte derselben verzichtet, weil es bei einer erschöpfenden Behandlung der Frage nicht vor einem längeren Zeitabschnitte zu Ende kommen dürfte. Es habe sich daher auf die Betonung eini-ger allgemeiner, ihm jedoch zweifellos erscheinender Grundsätze beschränken zu müssen geglaubt. Dem Wunsche einer entschiedeneren Formulierung der Ein-zeilung einer Berücksichtigung der Interessen der öster-reichischen Industrie, wobei jedoch eine Erklärung zu Gunsten des einen oder des andern Systems der Zollbehandlung vermieden würde, wolle er sich nicht widersetzen.

Herr Polansky befragt einen besseren Schutz des galizischen Getreidebaues gegen die Ein-fuhr von Zerealien aus Rußland. Fürst Colloredo spricht als Präses des Vereins für Eisenindustrie zu Gunsten derselben, deren Lage er als höchst bedauer-lich schildert. Hr. Waager unterstützt den Wunsch des Hrn. v. Mayer um nachdrücklichere Förderung der österreichischen Industrie, und weist insbesondere auf die kommerziellen Verhältnisse Oesterreichs zu den Donaufürstenthümern hin, in welchen die österreichische Industrie eines kräftigeren Schutzes dringend bedürfe. Graf Barkoczy hält Dies gleichfalls für unerläß-lich, und knüpft hieran die Befürwortung der Errich-tung eines Handelsministeriums. Reichsrath v. Ple-ner erklärt, daß er nicht als Leiter des Finanzmini-steriums, und nicht als Mitglied des Gesammtmini-steriums, sondern als seine Privatansicht gleichfalls die Errichtung einer Zentralstelle zur Wahrung der volkswirtschaftlichen Interessen für äußerst wünschens-werth halte. Hr. Wohlwend gibt zu, daß die vom Hrn. Polanski befürwortete Erhöhung des Zol-les auf Getreide-Einfuhr für Galizien wünschenswerth sein möge; für Vorarlberg, welches auf den Bezug von Getreide aus Baiern und Württemberg angewie-sen sei, wäre Dies der erste Schritt zu völligem Ruin. Graf Andrassy trägt darauf an, daß die Bitte um größere Berücksichtigung der industriellen Interes-sen nicht nur kräftiger, sondern auf's kräftigste be-fürwortet werden möge. Hr. v. Meyer ist nicht gegen den Schutz der Industrie, aber eben so für Begünstigung von Handel und Schifffahrt. Graf Szécsen sieht in dem Gange der Diskussion den besten Beweis für die Richtigkeit der Haltung, welche das Comité in der Sache angenommen hat, indem es auf entscheidende Aussprüche verzichtete. Um je-doch den von ihm getheilten Wünschen der Herren Mayer und Waager thunlichst zu genügen, schlägt er eine Modifikation des Comitéberichtes, wodurch die kräftigste Wahrung der Interessen der Industrie empfohlen wird, vor, welche Aenderung von der Ver-sammlung angenommen wird.

Bei den Kontumaxaren wird vom Reichsrath v. Plener eine irrtige Ziffer berichtet, vom Hrn. Waager aber die Aufhebung der Kontumaxanzfallen überhaupt beantragt, und dieser Wunsch auf nähere, insbesondere den siebenbürgischen Landes- und Grenz-verhältnissen entnommene Daten gestützt. Reichsrath v. Plener gibt Aufschluß über das Pabverfahren bei den Kontumaxen, wodurch die früheren Uebelstände beseitigt worden seien. Graf Clam glaubt, daß in Galizien die Nothwendigkeit der Kontumaxanzfallen eine unbestrittene sei, weil sonst eine Einschleppung der Viehseuche noch viel häufiger stattände, als es ohnedies geschieht. Eine gewisse Hemmung mögen dieselben für den Verkehr allerdings herbeiführen; aber die andere Rücksicht sei jedenfalls überwiegend. Graf Rostiz meint, es sei ja nur von Viehkontu-maxanzfallen die Rede; sonstige Hemmungen des Verkehrs könnten sie also nicht verursachen. Hr. Wa-ager erläutert einige seiner früheren Aeußerungen; nur die Plackereien der Menschen, nicht die Viehkontuma-zen seien von ihm beanstandet worden. Freiherr v. Petrinó versichert, daß die Viehseuche in Bessara-bien das ganze Jahr hindurch herrsche, und die Kon-

tumaz unerlässlich sei. v. Jaksab unterstügt Dies, und der Comitébericht wird angenommen.

Graf Szécsen verliest den Abschnitt über das Salzgefäll, worin darauf hingedeutet wird, daß eine etwaige Herabsetzung des hohen Monopolpreises zwar wünschenswerth, aber bei der jetzigen Finanz-lage wohl nicht zu beantragen sei. Graf Barkoczy ist für das Wegfallen der gegen eine Herabsetzung des Salzpreises gerichteten Bemerkung, indem die Mehrkonsumtion den Ausfall decken würde. Das Salz-reichste Land der Welt liefere das theuerste Salz für Menschen und Thiere. Könnte man einmal den Ent-schluß einer Herabsetzung fassen, so würde man bald-igst die wohlthätigen Wirkungen, selbst für die Fi-nanzen, verspüren. Reichsrath v. Plener zeigt auf Grund statistischer Daten die wesentliche Steigerung des Salzzeugnisses, welches mit dem wirklichen Ab-satz so ziemlich identisch sei. Graf Barkoczy glaubt jedoch, daß die dießfälligen Berechnungen auf einem sachlichen Irrthume beruhen, und daß sich eher eine Abnahme, wenn nicht des Erzeugnisses, so doch des Absatzes innerhalb der Monarchie herausstelle. v. Plener rechtfertigt seine Angaben, und erklärt sich auch hinsichtlich dieses Punktes zur Hebung begründe-ter Beschwerden, wenn sie rechtzeitig zu seiner Kennt-nis gebracht werden, vollkommen bereit. Graf Har-tig bestätigt aus seiner Erfahrung, daß in einem speziellen Falle eine Herabsetzung des Salzpreises die augenblickliche Steigerung der Konsumtion herbeige-führt habe. Auch beklagt er die schlechte Qualität des gelieferten Viehsalzes. Auch er ist für Weglas-sung der von Graf Barkoczy gerügten Stelle. Conte Borelli wünscht eine nähere Prüfung der betref-fenden Bedürfnisse Dalmatiens, und deren Berück-sichtigung.

Graf Szécsen meint, daß am Schlusse des betreffenden Absatzes die von Conte Borelli gewünschte Befürwortung eingeschaltet werden könnte. Dr. Straf-ser und Hr. v. Petrinó bestätigen den Druck, welchen die hohen Salzpreise in ihren Provinzen üben; Graf Rostiz aber deutet darauf hin, daß diese Uebelstände schon zu oft wiederholten Malen, aber bisher immer fruchtlos zur Kenntniß der Finanzver-waltung gebracht worden seien. Reichsrath v. Ple-ner unterscheidet zwischen den Klagen über die zu hohe Steuer im Allgemeinen, welche ihm allerdings längst bekannt seien. Die einzelnen speziellen Fälle einer Unzulänglichkeit von Seite irgend eines Organs der Regierung aber hätten zur Kenntniß der Finanz-verwaltung gebracht werden sollen.

v. Matlach unterstügt die Ansicht des Grafen Barkoczy und meint nicht, daß der Reichsrath seine Stimme für Beibehaltung des jetzigen Salzpreises in die Wagschale legen sollte. Durch dessen Herabset-zung würde endlich auch dem jetzt systematisch betrie-benen Schwauggel entgegen getreten werden. v. Szö-gyenyi empfiehlt die Sache gleichfalls der Berücksich-tigung der Finanzverwaltung. Herr Waager ist auch für die Weglassung des betreffenden Satzes im Co-mitéberichte, und weist insbesondere auf die Noth-wendigkeit einer Benützung der Salzquellen in Sie-benbürgen hin, wozegen Reichsrath v. Plener be-merkt, daß Dies mit der Festhaltung des Monopols selbst unvereinbar sei.

Der Antrag des Grafen Barkoczy wird ange-nommen; eben so die vom Grafen Szécsen befürwor-tete Einschaltung des Wunsches des Conte Borelli wegen Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung Dalmatiens in Betreff der Salzherzeugung. Die Sit-zung wird geschlossen.

Oesterreich.

Wien, 15. Sept. Wichtige Depeschen sind im Laufe des gestrigen Abends aus St. Petersburg beim k. k. Ministerium des Aeußern eingegangen. Noch in später Abendstunde begab sich in Folge derselben und einer hierauf bezüglichen Audienz bei dem Kaiser der Minister-Präsident Graf Neuhof in das Hotel der russischen Gesandtschaft zu einer Besprechung mit dem russischen Gesandten. Der russische Statthalter in Polen, Fürst Michael Gortschakoff, ist vorgestern Abends von Warschau hier angekommen und gestern Abends wieder zurückgereist. Auch der russische Attaché Fürst Gortscha-koff war Tags vorher Ueberbringer von wichtigen Depeschen. Aus diesen Thatsachen schließt man mit Recht auf die neue Koalition zwischen Oesterreich und Rußland. Wenn ich gut unterrichtet bin, so drehen sich die jetzigen Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Rußland einfach um das gemeinsame Verhalten bei einer eventuellen Schilderhebung Polens. Auch Preußen ist hierbei lebhaft theilhaftig. Man hat nämlich untrügliche Andeutungen über eine baldige revolutio-näre Bewegung in Polen, deren Fäden von der Seine aus geleitet werden. Der Anfang ist gemacht, das Weitere wird sich finden. (N. N. Z.)

Wien, 19. Sept. Der Mailänder „Perseve-ranza“ vom 14. d. M. wurde aus Udine berichtet, daß in einer der letzten Nächte ein Attentat auf das Leben des dortigen Polizeichefs Herrn Casar Veretta mittelst eines Stilets versucht worden sei. Der Stop

sei so bestig gewesen, daß Herr V. lebensgefährlich darnieder liege.

Es liegt uns ein Telegramm aus Venedig, 18. d. M. vor, wonach einem Berichte aus Udine zufolge Herr Beretta am 7. d. M., während er dienstlich beschäftigt war, einen Fehltritt gemacht und sich dabei den Fuß beschädigt hat. Er bütet das Bett und der kleine Unfall, der ihn betroffen, hat wahrscheinlich der „Perseveranza“ den Anlaß zu ihrer Aitentats-Erzählung gegeben. (W. Z.)

Ugram, 19. Septbr. Ueber den Stand des Baues der kroatischen Eisenbahn haben wir zu berichten, daß bereits mit den Vorbereitungen zum Bau der Eisenbahnbrücke über die Save begonnen wurde. Ebenso wurde die Herstellung des Bahndammes von Erabde bis Podusuf so wie der Bahnbau an der dortigen Lehne bereits in Angriff genommen. Wie uns von unterrichteter Seite zugeht, so wird noch im Laufe dieses Monats die Ausschreibung der ganzen Strecke von Reichenburg bis Sissek stattfinden, und soll der Ausbau der kroatischen Bahn mit aller Energie in der kürzesten Zeit durchgeführt werden. (Ugramer Btg.)

Triest, 20. Sept. Der Lloydampfer „Australia“ brachte uns heute Vormittags die bis zum 13. d. M. reichende Levantepost. Die Nachrichten aus Beirut gehen bis zum 9., jene aus Damascus bis zum 8. Das französische Expeditions-Corps, 6000 Mann, war bereits vollständig eingetroffen. Suad Pascha wurde in Beirut erwartet, wo er sich mit den Kommissären der Mächte besprechen sollte. Es hieß, daß, nachdem man in Damascus fertig werde, die Operationen gegen die Drusen beginnen würden, im Einvernehmen mit dem französischen Corps. Man glaube, sie würden keinen Widerstand leisten und die Schuldigen ausliefern. Bis zum 27. August belief sich die Zahl der Gehängten in Damascus auf 112, jene der Erschossenen auf 127; mehr als 300 Individuen wurden zu zeitlicher, 250 zu lebenslänglicher Galeerenstrafe verurtheilt. Am meisten Aufsehen machte die Verhaftung der drei angesehensten Scheichs von Damascus; bei einem derselben, Miffath Halebi, fand man die Krone des griech. Patriarchen. Im Ganzen wurden bis jetzt 1020 Personen verhaftet, und es heißt, daß die Zahl der Gefangenen auf 4000 gebracht werde. Veinabe drei Viertel der jüdischen Kaufleute von Damascus sind ebenfalls verhaftet. Sie sollen sowohl bei der Plünderung, als bei dem Gemetzel kompromittirt sein. Drei Türkenquartiere sind geräumt worden, um die Christen darin unterzubringen. Letztere erhalten Brot und je 50 Para's täglich. Der Gesamtschaden, den die Christen erlitten, soll von Suad Pascha auf 250 Mill. Piaster geschätzt sein. Die Zahl der Ermordeten beträgt nach den Angaben der Lokalbehörden 3500—4000, nach der Schätzung der Konsula 7500—8000. Suad hat der Stadt Damascus befohlen, 2000 Häuser für die Christen wieder aufzubauen, und wenn binnen 2 Tagen nicht eine bejahende Antwort erfolgt, gedroht, die Franzosen kommen zu lassen. Es heißt, daß letztere, im Verein mit 8000 Mann türkischer Truppen Verscha angreifen werden, einen starken Punkt am Eingange des Hauran; die Hauptschuldigen unter den Türken, Drusen und Mutualis, haben sich dorthin geflüchtet.

Ishami Pascha, Sohn des verstorbenen Vizekönigs von Egypten Abbas Pascha, Schwiegersohn des Sultans und Minister ohne Portefeuille, ist in der Nacht vom 8.—9 im 26. Lebensjahre an einer gastrischen Krankheit gestorben. (Tr. Btg.)

Deutschland.

München, 13. Sept. Aus Anlaß der Erfolge Garibaldi's veranstalteten kürzlich einige Engländer und Italiener ein Freudenfest im nahen Nymphenburg, wobei dieselben in ihrem Laugel Bier aus dem ersten Stockwerke auf einige unter ihren Fenstern im Freien sitzende Unteroffiziere gossen. Diese und andere Unziemlichkeiten führten zum thätlichen Zusammenstoß zwischen beiden Parteien, wobei die Garibaldi-Enthusiasten weitläufig den Kürzeren zogen. Die blesige englische Gesandtschaft hat daraus Anlaß genommen, eine Beschwerdechrift bei dem Ministerium des Aeußern einzureichen, worin Einleitung einer strafrechtlichen Untersuchung gegen die Beschuldigten verlangt, und um Mittheilung des Ergebnisses desselben ersucht wird.

Italienische Staaten.

Rom, 12. Sept. Das „Giornale di Roma“ theilt ein vom 7. d. M. datirtes und am 10. dem Kardinal Staatssekretär Antonelli zugekommenes Schreiben des Grafen Cavour mit, in welchem dieser im Auftrage seines Souverains den Kardinal wissen läßt, daß die piemontesischen Truppen beordert seien, sich jeder Behinderung einer Manifestation der Bevölkerung in Umbrien und den Marken mit Waffengewalt entgegenzustellen. Außerdem wird der Kardinal-Staatssekretär aufgefordert „sofort Befehl zur Entwaffnung und Auflösung der fremden Korps zu geben, deren Bestand eine permanente Drohung für die Ruhe Italiens sei.“

Die Antwort Sr. Eminenz des Kardinal-Staatssekretärs lautet folgendermaßen:

„Erzellenz. Indem ich von dem Mittel absehe, dessen Eu. Erzellenz sich zu bedienen für gut fanden, um mir Ihr Schreiben vom 7. d. M. zukommen zu lassen, will ich in voller Ruhe meine Aufmerksamkeit dem zuwenden, was Sie mir im Namen Ihres Souverains auseinandersetzen; ich kann Ihnen nicht verhehlen, das mich dieß bedeutende Ueberwindung kostet. Die neuen Prinzipien des öffentlichen Rechts, die Sie in Ihrer Zuschrift aufstellen, könnten mich eigentlich jeder Antwort entheben, da dieselben in allzu starkem Widerspruche zu jenen Grundsätzen stehen, die von jeher von allen Regierungen und Völkern anerkannt worden sind. Da ich jedoch von den gegen die Regierung Sr. Heiligkeit erhobenen Anschuldigungen lebhaft ergriffen bin, so kann ich mich nicht enthalten, zunächst darauf hinzuweisen, daß der Vorwurf, der gegen die jüngst gebildeten Truppen der päpstlichen Regierung erhoben wurde, eben so gehässig als gänzlich unbegründet und völlig ungerecht ist; ferner läßt sich der Schimpf, welcher der päpstlichen Regierung angethan wird, indem man ihr ein allen Regierungen gemeinsames Recht abspriecht, in keiner Weise rechtfertigen; bis auf den heutigen Tag kennt man keinen Fall, in welchem es irgend einer Regierung gewehrt worden wäre, fremde Truppen in ihre Dienste zu nehmen, wie auch in der That viele Regierungen solche Truppen in ihrem Solde haben. Im Hinblick hierauf scheint mir die Erwähnung angemessen, daß in Anbetracht des Charakters des h. Vaters als gemeinsamer Vater aller Gläubigen, Er am Wenigsten verhindert werden dürfte, in die Schaaren seines Heeres alle jene aufzunehmen, die sich aus den verschiedenen Theilen der katholischen Welt zur Unterstützung des h. Stuhles und des Kirchenstaates anbieten.

Es kann nichts Falscheres und Beleidigenderes geben, als den päpstlichen Truppen die Unordnungen zuschreiben zu wollen, die beklagenswerther Weise in den Staaten des h. Stuhles vorgekommen sind; den Beweis hierfür zu führen, ist hier nicht notwendig. Die Geschichte hat es bereits verzeichnet, von wo die Truppen gekommen sind, und welche Truppen es waren, die dem Willen der Bevölkerungen Gewalt anthaten, und welche Künste angewendet wurden, um den größten Theil Italiens zu zerrütten und die Hand an Alles zu legen, was nach Recht und Gerechtigkeit am meisten geheiligt und unverletzt ist.

Im Hinblick auf die Konsequenzen, die man dem gesetzlich Entschreiten der Truppen des h. Stuhles bei der Unterdrückung des Aufstandes von Perugia zuschreiben will, dürfte es in Wirklichkeit logischer gewesen sein, sie demjenigen zur Last zu legen, der die Revolte von außen her veranlaßte; Sie, Herr Graf, wissen nur zu gut, von woher sie angeregt wurde, von woher Geld, Waffen und Mittel aller Art zu Gebote gestellt wurden und die Weisungen und Befehle zur Insurrektion ausgingen.

Aus Allem ergibt sich der Schluß, daß Alles, was eine der Regierung des heil. Stuhles feindliche Partei den päpstlichen Truppen zur Last legt, bloß den Charakter der Verleumdung trägt; nicht minder verleumderisch sind die gegen die Befehlshaber dieser Truppen erhobenen Anschuldigungen, mit denen man sie als Urheber propogirender Drohungen und von Proklamationen bezeichnet, die zur Erzeugung einer gefährlichen Gährung geeignet wären.

Eu. Erzellenz schließen Ihre beleidigende (disgustosa) Zuschrift damit, daß Sie mich im Namen Ihres Souverains auffordern, sofort die Entwaffnung und Auflösung der erwähnten Truppen anzuordnen; mit dieser Aufforderung ging eine Art von Drohung Hand in Hand, daß widerigenfalls nämlich Piemont mit seinen Truppen die Aktion des päpstlichen Heeres verhindern werde. Hiermit ist eine Art von Befehl ausgesprochen, mit dessen Qualifikation ich gerne zurückhalte. Der h. Stuhl kann nicht anders, als ihn in seinem legitimen Rechte; er appellirt an das Völkerrecht, unter dessen Regide Europa bis jetzt gelebt hat, wie immer auch übrigens die Gewaltthätigkeiten beschaffen sein mögen, denen er noch ausgesetzt sein dürfte, ohne sie in irgend einer Weise hervorgerufen zu haben und im Hinblick auf welche mir von jetzt an die Pflicht obliegt, im Namen Sr. Heiligkeit laut dagegen zu protestiren.

Ich zeichne ic. Rom, 11. Sept. 1860. Antonelli.

Gleichzeitig mit dem vorerwähnten Briefe des Grafen Cavour hatte auch der piemontesische Kriegsminister General Fanti ein aus Arezzo vom 9. d. M. datirtes Schreiben an den Oberkommandanten der päpstlichen Truppen, General Lamoricière, geschickt, das in seinem Inhalte völlig mit der Cavour'schen Zuschrift übereinstimmt und im Wesentlichen dieselben Anforderungen und Drohungen enthält.

Das „Giornale di Roma“ bemerkt hierzu: „Die vorerwähnten Akte des piemontesischen Ministeriums sind solcher Art, daß sie, wie Jedermann

einsehen muß, alles Maß in einer Weise überschreiten, die sich gar nicht bestimmen läßt; wir enthalten uns daher jedes Kommentars dazu.

Hierzu kommt noch, daß in dem Augenblicke, in welchem die Antwort Sr. Em. des Kardinal-Staatssekretärs auf das Schreiben des Grafen Cavour abging, aus den Marken die Meldung eintraf, daß, während die päpstlichen Truppen in der Stadt Jossombone die von einer eingedrungenen revolutionären Bande gestörte Ordnung wieder hergestellt hatten, die regulären piemontesischen, bereits an der toskanischen Grenze und der Cattolica in sehr bedeutender Stärke konzentrirten Truppen von dem letztgenannten Punkte aus vorzurücken wagten, um Pesaro anzugreifen, dessen kleine Garnison sich nach La Nocca zurückzog; die Vorposten wurden bis Fano vorgeschoben.

Mittlerweile gelangt zur Kenntniß, daß Sr. Maj. der Kaiser der Franzosen, sobald er die Absicht des piemontesischen Cabinetes, die päpstl. Regierung unter Androhung einer Invasion und Okkupation der Marken und Umbriens zur Auflösung ihrer fremden Truppen aufzufordern, erfahren hatte, von Marseille aus dem König von Sardinien telegraphisch mittheilte, daß er, falls die piemontesischen Truppen in das päpstliche Gebiet eindringen sollten, genöthiget sein werde, sich dem entgegen zu stellen; er habe bereits Befehle zur Verstärkung des französischen Okkupationskorps gegeben.

— Das „J. d. Debats“ meint, es sei schwer einzusehen, was die päpstliche Armee gegen die 50.000 Mann Piemontesen ausrichten wolle; indes habe Lamoricière seinen Adjutanten, Herrn v. Savigny, ausgeschiedt, um die Bauern zu bewaffnen und unter den Bergbewohnern der Apenninen Guerillabanden zu bilden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 19. Sept. Der Kaiser und die Kaiserin sind am 17. d. M. in Algierien eingetroffen.

Konstantinopel, 19. Sept. Abd-el-Kader erhielt vom Sultan den Medschidie-Orden erster Klasse. In Acre haben keine Meutereien stattgefunden. Syrien ist ruhig. Der Gesundheitszustand der Truppen im Allgemeinen vortreflich. Ein neues Regiment ist von hier abgegangen, daselbe wird durch Redifs ersetzt. Eine merkwürdige Haufe des Geldwertbes ist eingetreten.

Neuestes aus Italien.

Turin, 19. Sept. Hier sind Nachrichten von einer blutigen Schlacht, die gestern in der Nähe von Ancona vorgefallen, eingetroffen. General Lamoricière griff gestern früh mit 11.000 Mann das piemontesische Heer unter Galbini an, während die Garnison von Ancona gleichzeitig einen starken Ausfall machte, um die Piemontesen zwischen zwei Feuer zu nehmen. Nach einem erbitterten und heftigen Kampfe wurden die Päpstlichen vollständig geschlagen. Die Piemontesen machten viele Gefangene, unter denen sich der General Vimodon (früher in österreichischen Diensten) befand, und erbeuteten viele Waffen und sechs Kanonen.

Mailand, 17. Sept. Wegen der Truppenkonzentration Oesterreichs am Mincio und Po erging vom Ministerium an die im Lager von Somnia befindlichen Truppen (zweites Armeekorps) der Befehl, dieses zu verlassen, um auf den Kriegsfuß versetzt zu werden.

Mailand, 19. Septbr. Der „Perseveranza“ zufolge soll der Prediktor von Neapel beabsichtigen, die Annexion Neapels so schnell als möglich in Anregung und Ausführung zu bringen.

Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 19. September 1860.

Ein Wiener Metzen	Marktpreise		Magazine-Preise	
	in österr. Währ.			
	fl.	kr.	fl.	kr.
Weizen	5	34 1/10	5	76 1/10
Korn	3	48 1/10	3	63 1/10
Gerste	—	—	3	20
Hafer	1	60	2	18
Halbfrucht	—	—	4	3
Heiden	—	—	3	62
Sirke	2	60	3	17
Aufzucht	—	—	3	74

Theater.

Heute, Freitag:

„Der Chemann vor der Thür“,

Operette, Musik von Offenbach.

Vorher: „Zu schön“, Lustspiel in 1 Akt, aus dem Französischen.

Morgen, Samstag: „Graf Ester“, Trauerspiel von H. Laube.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr) (Dr. Sta. Abbil.) Die Stimmung, Anfangs günstig, schlug im Verlaufe wieder um, Staatspapiere, mit Ausnahme der neuen Lose, Fremde Valuten und Gold zogen bei lebhafterem Umsatz um ein Viertel Prozent an und schloßen nur mehr unbedeutend billiger als gestern. Geld sehr flüchtig. Zinsen normal.

Öffentliche Schuld.		Geld		Ware		Geld		Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)		Andere Kronländer zu 5%		85.—	93.—	Graz-Köfl Eisen- und Bergb.-Gesellschaft zu 200 fl. d. W.		110.—	110.—
In österr. Währung zu 5%		Venezianisches Anl. 1859 „ 5 „		78.75	79.—	Don. Dampfsch.-Ges. 382.— 384.—		140.—	150.—
Aus d. National-Anleihen „ 5 „		Aktien (pr. Stück).		Nationalbank 738.— 740.—		Österr. Lloyd in Triest 140.— 150.—		Wien. Dampfm.-Akt.-Ges. 320.— 325.—	
Metalliques „ 5 „		Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu 200 fl. d. W. (ohne Div.)		167.80	168.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)		Glatz 40 „ „ 36.— 36.50	
dettto „ 4 „		N. d. Gecom.-Ges. z. 500 fl. d. W.		533.—	540.—	Nationalb. Glatz v. J. 1857 z. 5%		St. Genois 40 „ „ 36.— 36.50	
mit Verlosung v. J. 1839		K. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. G.M.		1788.—	1790.—	G. M. verlosbare „ 5 „		Windischgrätz 20 „ „ 23.25 23.75	
„ 1854		Staats-Eis.-Ges. zu 200 fl. G.M.		244.50	245.—	Nationalb. (12 monatlich) „ 5 „		Waldstein 20 „ „ 25.25 25.75	
„ 1860		Kais. Glis.-Bahn zu 200 fl. G.M.		182.50	183.50	auf öst. W. (verlosbare) „ 5 „		Keglevich 10 „ „ 13.75 14.25	
Com.-Rentensch. zu 42 L. austr.		Süd-nordb. Verb.-B 200		112.—	112.50	Kred.-Anstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. d. W.		Wechsel.	
B. der Kronländer (für 100 fl.)		Theißb. zu 200 fl. G.M. mit 100 fl. (50%) Einzahlung		147.—	147.—	Don. Dampfsch.-G. z. 100 fl. G.M.		3 Monate	
Grundentlastungs-Obligationen.		Sudl. Staats-lomb.-ven u. Gent. ital. Eis. 200 fl. d. W. 500 fr. m. 100 fl. (50%) Einzahlung		138.—	139.—	Städtgem. Dien zu 40 fl. d. W.		Augsburg, für 100 fl. südd. W.	
Nieder-Österreich zu 5%		Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. G.M. m. 80 fl. (40%) Einz.		154.50	155.—	Kerchazy 40 „ G.M.		Frankfurt a. M., detto	
Ungarn „ 5 „						Salm 40 „		Hamburg, für 100 Mark Banco	
Tem. Ban., Kro. u. Slav. „ 5 „						Balfy zu 40 fl. G.M.		London, für 10 Pf. Sterling	
Galizien „ 5 „								Paris, für 100 Franks	
Bukowina „ 5 „								Cours der Geldsorten.	
Siebenbürgen „ 5 „								Geld	
								Ware	
								K. Münz-Dufaten 6 fl. 37 Kr. 6 fl. 38 Kr.	
								Kronen „ 18 „ 38 „ 18 „ 40 „	
								Napoleonsdor „ 10 „ 64 „ 10 „ 65 „	
								Russ. Imperiale „ 10 „ 97 „ 10 „ 98 „	
								Silber-Agio „ 33 „ 50 „ 33 „ 75 „	

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
Den 20. September 1860.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 61.80	Augsburg 114.90
5% Nat. Anl. 73.20	London 134. G.
Bankaktien 732.—	K. f. Dufaten 6.42
Kreditaktien 164.20	

Eisenbahn-Fahrordnung
von Wien nach Triest.

	Abfahrt		Ankunft	
	Uhr	Min.	Uhr	Min.
Personenzug Nr. 2:				
von Wien	Früh	8	50	—
„ Graz	Nachm.	5	32	—
„ Laibach	Nachts	1	18	—
in Triest	Früh	—	—	6 53
Personenzug Nr. 4:				
von Wien	Abends	8	40	—
„ Graz	Früh	5	21	—
„ Laibach	Nachm.	1	19	—
in Triest	Abends	—	—	6 54
Personenzug Nr. 1:				
von Triest	Früh	6	45	—
„ Laibach	Mittag	12	44	—
„ Graz	Abends	8	52	—
in Wien	Früh	—	—	5 41
Personenzug Nr. 3:				
von Triest	Abends	6	45	—
„ Laibach	Nachts	12	29	—
„ Graz	Früh	8	37	—
in Wien	Nachm.	—	—	5 —

Fremden-Anzeige.
Den 19. September 1860.
Hr. Freiherr Codelli, Komitatgerichts-Präsident, von Stein. — Hr. v. Pavich, k. k. Statthaltervertr. von Agram. — Hr. Frimont, k. k. Rittmeister, von Marburg. — Hr. Mann, k. k. Stadearzt, von Udine. — Hr. Mikocki, k. k. Notar u. Güterbesitzer, von Wien. — Hr. Fischer, Kaufmann, von Bruck. — Die Herren Detrosin, Güterbesitzer. — Brecht, Kaufmann. — Grabovaz u. Colussi, Handelsleute, v. Triest.

3. 303. a (3) Nr. 300.
Rundmachung.
Das Schuljahr 1861 beginnt am k. k. Laibacher Gymnasium mit dem heil. Geistamte am 1. Oktober l. J.
Diejenigen Schüler, welche in die 1. Klasse dieses Gymnasiums einzutreten wünschen, haben sich in Begleitung ihrer Eltern oder deren Stellvertreter zwischen dem 24. bis 28. September bei der k. k. Gymnasial-Direktion, sodann beim Klassen- und Religionslehrer zu melden, mit dem Hauptschulzeugnisse und auch mit dem Tauf- oder Geburtscheine auszuweisen und eine Aufnahmestaxe von 2 fl. 10 kr. öst. W. zu erlegen.
In eine höhere Klasse kann die Aufnahme neuer Schüler nur in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen stattfinden.
Die Anmeldungen jener Schüler, welche dieser Lehranstalt bereits im vorigen Schuljahre angehört haben, können bis zum 30. September inklusive geschehen.
Die Aufnahmungs-, Nachtrags- und Wiederholungsprüfungen werden am 29. September um 8 Uhr Vormittags beginnen.
K. k. Gymnasial-Direktion.
Laibach am 7. September 1860.

3. 1696. (1)
An die Gläubiger der Sigm. Schneider'schen Vergleichsmassa.
Im Nachhange zu dem Edikte vom 16. Mai d. J. werden die Gläubiger des protokollierten Handelsmannes Hr. Sigmund Schneider in Laibach mit Bezug auf den §. 20 der hohen Ministerial-Berordnung vom 18. Mai 1859 hiemit aufgefordert, zur Vergleichsverhandlung am 30. Oktober l. J. früh 9 Uhr in der Notariatskanzlei des gefertigten Gerichtskommissärs, Stadt Nr. 181, persönlich oder durch einen gehörig ausgewiesenen Nachhaber zu erscheinen.
Laibach am 18. September 1860.
Der Gerichtskommissär und Vergleichsleiter:
Dr. Julius Rebitsch,
k. k. Notar.

3. 1645. (2)
Edikt.
Vom gefertigten k. k. Notar, als Gerichtskommissär, wird hiemit bekannt gemacht, daß mit dem Bescheide des hohen k. k. Landesgerichtes Laibach vom 28. August 1860, **3. 3376**, die exekutive öffentliche Feilbietung der in den Magdalena Fechner'schen Verlass gehörigen Werthpapiere, v. i. des Transfertes ddo. 3. September 1812, Nr. 528, pr. 20914 Franks oder 8087 fl. 50 kr. G.M., dann einer 4% igen Domestik-Obligation ddo. 1. Mai 1785, Nr. 954, pr. 1000 fl. G.M. bewilliget, und zu deren Vornahme die zwei Feilbietungstermine für den 27. September und 11. Oktober l. J. Vormittags 10 Uhr mit dem Beisatze angeordnet wurde, daß diese Wertheffekten bei der zweiten Feilbietungstagsatzung auch unter dem Schätzwerthe hintangegeben werden.
Die Feilbietung selbst erfolgt in der Amtskanzlei des Gefertigten, woselbst auch die Lizitationsbedingungen zu Jedermanns Einsicht bereit liegen.
Laibach am 14. September 1860.
Der k. k. Notar und Gerichtskommissär:
Dr. Barth. Suppanz.

3. 1227. (5)
Barterzeugung-Pomade
à Dose fl. 2.60.
Dieses Mittel wird täglich ein Mal Morgens in der Portion von zwei Erbsen in die Hautstellen, wo der Bart wachsen soll, eingerieben und erzeugt binnen sechs Monaten einen vollen kräftigen Bartwuchs.
Dasselbe ist so wirksam, daß es schon bei jungen Leuten von 17 Jahren, wo noch gar kein Bartwuchs vorhanden ist, den Bart in der oben gedachten Zeit hervorruft. Die sichere Wirkung garantiert die Fabrik.
Chinesisches Haarsärbemittel à fl. 2.10.
Mit diesem kann man Augenbrauen, Kopf- und Bartpaare für die Dauer echt färben, vom blähesten Blond und dunklen Blond bis Braun und Schwarz, man hat die Farbennuancen ganz in seiner Gewalt. Diese Komposition ist frei von nachtheiligen Stoffen, so erhält z. B. das Auge mehr Charakter und Ausdruck,



wenn die Augenbrauen etwas dunkler gefärbt werden. Die vorzüglich schönen Farben, die durch dieses Mittel hervorgebracht werden, übertreffen alles bis jetzt existierende.
Erfinder: Rothe & Comp. in Berlin, Kommandantenstr. 31. — Die Niederlage befindet sich in Laibach bei Herrn **Albert Trinker**, Hauptplatz Nr. 239.

3. 1661. (2)
Ein oder zwei Studierende
aus guten Häusern werden in der Rosengasse Hs. Nr. 104, im ersten Stocke, in Kost und Wohnung genommen. — Die Knaben können auch daselbst französisch und italienisch unterrichtet werden.
3. 1569. (3)

Haus-Verkauf.
Das Haus Konst. Nr. 28 auf der St. Peters-Vorstadt liegend, sammt dazu gehörigen zwei gut bestellten Aekern am Laibacherfelde, ist stets aus freier Hand gegen sehr vortheilhafte Bedingungen zu verkaufen. Näheres daselbst.
3. 1555. (3)
Das Haus
sammt Garten, dann Acker und Wirthschaftsgebäuden Konst. Nr. 45 in dem Markte Reifnitz, ist aus freier Hand gegen vortheilhafte Bedingungen sogleich zu verkaufen.
Das Nähere beim Eigenthümer daselbst.
3. 1670. (2)

Wohnungen zu beziehen:
deren sind drei sammt Zugehör sogleich zu beziehen im neugebauten Hause, St. Peters-Vorstadt Nr. 18, im ersten Stock.
3. 1672. (2)
An der Sternallee, in der eigends dazu erbauten Wode von
L. Cocchi Advinent
ist die einzige in Europa lebende

Riesen-Krokodill-Familie,
welche in den größten Städten allgemein aufsehen erregt und bleibt bis Sonntag 23. Sept. aufgestellt. Besondere zu bemerken ist, daß unter diesen merkwürdigen Amphibien nicht nur die größten, welche bis jetzt in Europa lebend gezeigt wurden, sondern auch die kleinsten unter dieser Familie sich befinden, welche mittelst einer Brutmaschine kürzlich in Wien angebrütet wurden, gegenwärtig bloß 8 Zoll lang sind und gewiß für jeden Kenner von Interesse sein werden, um so mehr, da man dem Klima wegen in Europa nie Krokodille sehen konnte, von der zarlestes Augen bis zum reifsten Alter, wie die hier zur Schau aufgestellten.
Eintritt: Erster Platz 20 kr. Zweiter Platz 10 kr. — Täglich zu sehen von früh 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

